

Auf einen Blick

An seiner gestrigen Sitzung, der 23. der Amtsdauer 2017 bis 2020, hat das Stadtparlament eine Ersatzwahl vorgenommen, drei Sachgeschäfte gutgeheissen, ein Postulat überwiesen und drei Interpellationen diskutiert.

Neue Mitglieder. Für Sandra Steinemann (SVP) nimmt neu Markus Haid (SVP) im Waaghaussaal Platz. Für Daniel Rüttimann (GLP) rutscht Jacqueline Gasser-Beck (GLP) ins Parlament nach.

Ersatzwahl. Als Mitglied der Liegenschafts- und Baukommission für den Rest der Amtsdauer bis 2020 wird Jacqueline Gasser-Beck (GLP) gewählt, als zweiter Stimmenzähler für den Rest des laufenden Amtsjahres Christoph Wettach (GLP).

Schulhaus Hof. Die SP/Juso-PFG-Fraktion verlangte Rückweisung der Vorlage wegen Rechnungsfehler. Der Antrag wurde klar abgelehnt. Der Kredit von einer Million Franken für die Ergänzung des Schulhauses um Räume für die Tagesbetreuung sowie die wiederkehrenden Betriebskosten von 240 000 Franken wurden gutgeheissen. Fakultatives Referendum.

Schulhaus Kreuzbühl. Die Primarschule Kreuzbühl erhält ein neues Schulhaus. Das Stadtparlament bewilligte den Kredit von 885 000 Franken zur Durchführung eines Projektwettbewerbs und der Ausarbeitung eines Vorprojekts für einen Ersatzbau. Fakultatives Referendum.

Stadtwerke. Das Stadtparlament erlässt einstimmig den Nachtrag I zum Stadtwerkreglement (SWR) vom 24. März 2015. Fakultatives Referendum.

Familienzentrum. Das FDP-Postulat «Ein Familienzentrum für die Stadt St.Gallen» wird erheblich erklärt. Das Stadtparlament überwies den Antrag mit 44 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen und der Anmerkung, dass Doppelspurigkeiten mit bestehenden Angeboten verhindert werden müssten.

Bahnhofstrasse. Die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation «Freie Bahn für den öffentlichen Verkehr in der Bahnhofstrasse» stellte Clemens Müller (Grüne) zufrieden. Der Stadtrat verspricht, bis Anfang Dezember die öffentlichen Parkplätze an der Bahnhofstrasse aufzuheben und diese im Parkhaus UG 25 zu ersetzen.

Nachhaltigkeit. Nicht zufrieden waren die Interpellanten mit der Antwort auf den Vorstoss «Gehört das Thema «nachhaltige Investitionen» ins Energiekonzept 2050?». In der Diskussion wurde vom Stadtrat verlangt, nicht mehr in fossile Brennstoffe zu investieren und das Thema «ökologisch nachhaltige Finanzanlagen» ins Energiekonzept aufzunehmen.

Grünabfuhr. Die Interpellation «Das städtische Liegenschaftsamt tut sich schwer mit der Grünabfuhr» löste am Dienstagabend kontroverse Diskussionen aus. Die Interpellanten zeigten sich nicht befriedigt von der Antwort des Stadtrates und forderten, dass städtische Liegenschaften schneller an die Grünabfuhr angeschlossen würden. (ren/seh)

Fehler verärgern Parlamentarier

Rückweisung Im Schulhaus Hof soll mit kleinen baulichen Massnahmen eine Tagesbetreuung entstehen. Die Parteien waren sich am Dienstag über die Notwendigkeit des Projekts einig. Fehler in der Vorlage lösten aber Kritik aus.

Christoph Renn
christoph.renn@tagblatt.ch

«Ich entschuldige mich im Namen des Stadtrates», sagte Stadträtin Maria Pappa an der gestrigen Parlamentsitzung. Wieso das? Ausgerechnet aus ihrem eigenen Lager, der SP/Juso/PFG-Fraktion, wehte der Baudirektorin bei der Vorlage zur Tagesbetreuung im Schulhaus Hof starker Wind entgegen. Die Kritik richtete sich jedoch nicht gegen die Absicht des Stadtrates, im Hof durch innere Verdichtung ein FSAPlus-Angebot aufzubauen. Eva Crottogini (SP) störte sich an der Art und Weise, wie die Vorlage ausgearbeitet worden war: «Weder die Zahlen noch die Summe stimmen.» So belaufen sich die wiederkehrenden Netto-Mehrkosten auf 240 000 statt der berechneten 85 000 Franken und statt Platz für 74 Kinder braucht es an Spizentagen nur solchen für 61. Deshalb stellte die Fraktion den Antrag auf Rückweisung, obwohl sie die Vorlage inhaltlich begrüsst hatte.

Eva Crottogini ging sogar noch einen Schritt weiter. «Solche groben Fehler sind inakzeptabel», sagte sie. Immerhin gehe es nicht um «Peanuts», sondern um Zehntausende von Franken. Dass die Vorlagen künftig sorgfältiger ausgearbeitet werden müssen, darin waren sich alle Fraktionen einig. Doch mit dem Rückweisungsantrag stand die SP/Juso/PFG-Fraktion alleine da. So sagte Jeyakumar Thurairajah, dass auch die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen die Vorlage wegen der Fehler ausführlich diskutiert habe. «Wir stehen jedoch hinter dem Ausbau von FSAPlus und damit hinter der Vorlage.»

Rückweisungsantrag wird abgelehnt

Bei der CVP/EVP-Fraktion lösten die Fehler in der Vorlage Unsicherheiten und Frust aus. Jedoch stellte Gisela Keller (CVP), dass eine neue Vorlage keinesfalls kostengünstiger werde. Christian Nef (SVP) äusserte im Namen seiner Fraktion die Hoffnung,



Nach dem gestrigen Ja des Stadtparlaments kann das Schulhaus Hof mit Räumen für die Tagesbetreuung ergänzt werden.

Bild: Jil Lohse

«Formal wäre es korrekt, die Vorlage zurückzuweisen.»



Maria Pappa
Stadträtin SP

«Solch grobe Fehler in einer Vorlage sind inakzeptabel.»



Eva Crottogini
Stadtparlamentarierin SP

dass solche Fehler in Zukunft nicht mehr vorkommen würden. Und er erinnerte daran, dass es sich bei den erwarteten Kinderzahlen lediglich um Prognosen handle. Die FDP zeigte sich uneinheitlich. So sind laut Stefan Koller einige Fraktionsmitglieder mit den nachgelieferten Zahlen zufrieden, andere jedoch nicht.

Die Abstimmung lieferte dann ein relativ klares Bild: Der Rückweisungsantrag der SP/Juso/PFG-Fraktion wurde klar mit 19 Ja- zu 37 Nein-Stimmen abgelehnt. Zudem wurde das Projekt für die innere Verdichtung des Schulhauses Hof und damit der Verpflichtungskredit von 1 070 000 Franken mit 56 Ja- und einer Nein-Stimme gutgeheissen. Auch die jährlich wiederkehrenden Betriebskosten von

240 000 Franken wurden mit 40 Ja- zu 14 Nein-Stimmen angenommen.

Ja zum Neubau Kreuzbühl

Der Neubau des Schulhauses Kreuzbühl, der mit dem Schulhaus Hof eine Schulgemeinde bildet, wurde hingegen bei einer Enthaltung mit 55 Ja-Stimmen gutgeheissen. Damit erteilte das Stadtparlament einen Kredit von 885 000 Franken für die Durchführung eines Projektwettbewerbs. «Der Neubau des Schulhauses ist, aus den vom Stadtrat aufgeführten Gründen, richtig», waren sich die Parteien einig. Jedoch fügte Beatrice Truninger (SP) an, dass er länger überdauern müsse als sein Vorgänger, also mehr als 50 Jahre.

Liegenschaftsamt lässt sich zu viel Zeit

Grüngut Es daure viel zu lange, bis die städtischen Liegenschaften der Grünabfuhr angeschlossen würden, finden Stadtparlamentarier. Daran soll sich bald etwas ändern.

«Peinlich.» So umschreibt Christian Huber (Junge Grüne) den Umstand, dass so viel Zeit verstreichen musste, bis sich die Stadt mit ihren Liegenschaften an der Grünabfuhr beteiligt. «Wir appellieren an das ökologische Gewissen der Liegenschaftsverwaltung.»

Huber bemängelte im Namen der Fraktion von Grünen und Jungen Grünen die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Andreas Hobi (Grüne), Basil Oberholzer (Junge Grüne), Andrea Scheck (Juso), Andrea Hornstein (PFG), Lisa Etter (SP) und Christoph Wettach (GLP). Die Stadtparlamentarier hatten bereits vergangenen September kritisiert, dass sich das Liegenschaftsamt der Stadt St.Gallen nicht

an der Grünabfuhr beteilige. Damit unterlaufe die Dienststelle die ökologische Entsorgungsstrategie der Stadt.

Bis Ende 2020 alle eigenen Liegenschaften dabei

An der gestrigen Stadtparlamentsitzung blieb an der Antwort des Stadtrates darauf kaum ein gutes Haar. Darin heisst es zwar, die städtischen Liegenschaften sollten mit der Grünabfuhr erschlossen werden; in einer ersten Etappe sind es 40 Gebäude, die ab Oktober mitmachen. Bis Ende 2020 sollen sich rund zwei Drittel beteiligen.

Das wurde nicht nur von Christian Huber als zu langsam kritisiert, sondern auch von Christoph Wettach (GLP). Ähn-

lich äusserte sich Juso-Parlamentarierin Andrea Scheck: «Es ist stossend, dass die Stadt bis 2020 benötigt, um sich der Grünabfuhr anzuschliessen.» Immerhin habe sie eine Vorbildfunktion, auch wenn das Mehrarbeit für die Verwaltung darstelle.

Grund für die Verzögerungen sind gemäss Antwort des Stadtrates Abklärungen, die wegen personeller Engpässe in der Dienststelle Liegenschaften mehr Zeit in Anspruch genommen haben, als budgetiert.

Selbst den Hörer in die Hand nehmen

Aus einem etwas anderen Blickwinkel beleuchtete Donat Kuratli (SVP) das Thema. Auch er habe sich über die Nichtbeteiligung an

der Grünabfuhr aufgeregt. «Doch immerhin sind wir vom Volk gewählte Stadtparlamentarier und können mehr unternehmen, als bloss Vorstösse einzureichen und ab Dezember auf eine Antwort zu warten.» Beispielsweise könne man selber den Hörer in die Hand nehmen und mit der Baudirektion Kontakt aufnehmen, um Mietern zum Grüngutabo zu verhelfen.

Stadträtin Maria Pappa gab sich am Ende der Diskussion einseitig: «Ja, wir hätten früher etwas unternehmen können, mussten die Prioritäten aber anders setzen. Wir sind jedoch gewillt, jetzt zügig loszulegen.»

Seraina Hess
seraina.hess@tagblatt.ch

Unvollständiges Energiekonzept

Investitionen Fünf Interpellanten fragten den Stadtrat im März, ob das Thema «nachhaltige Investitionen» ins Energiekonzept 2050 gehöre. Sie wollten wissen, ob die Stadt oder ihr angeschlossene Gesellschaften die Produktion fossiler Energie mitfinanzieren. Ebenso, ob der Stadtrat bereit sei, das Thema ökologisch nachhaltiger Finanzanlagen ins Energiekonzept 2050 aufzunehmen. Über die Antwort diskutierte das Parlament in der Sitzung vom Dienstag. Franziska Ryser (Junge Grüne) bemängelte, dass die Stadt immer noch in fossile Brennstoffe investiere. **Dagegen hielt Andreas Dudli (FDP): «Ein sofortiger Umstieg ist aus vertraglichen Gründen nicht möglich.»** Für Etrit Hasler (SP) steht fest: «Die Zeit der Atomenergie ist vorbei. Schade, dass der Stadtrat den Ausstieg nicht über das Energiekonzept tätigen will.» (seh)